

Mittel gegen den Wohnungsnotstand

Vor allem in Ballungsräumen wächst der Unmut der Bevölkerung über steigende Mieten. Viele befürchten, dass sie sich ihre Wohnung bald nicht mehr leisten können. In Berlin hat kürzlich ein bundesweit einmaliges Volksbegehren zur Enteignung großer Wohnungskonzerne begonnen und für bundesweites Aufsehen gesorgt. In einer repräsentativen Umfrage von Infratest Dimap sagten später hierzu 70 Prozent der Befragten, dass sie eine Enteignung nicht befürworten. 23 Prozent halten ein solches Vorgehen für ein „gutes“ oder „sehr gutes“ Mittel. Die Enteignung wäre aus unserer Sicht sicherlich nicht pauschal der richtige Weg. Vielmehr sollten massivere Sanktionen folgen, wenn Wohnraum gezielt ungenutzt bleibt, nur um Mietpreise weiter künstlich in die Höhe zu treiben. Einige Kommunen haben bereits eine Wohnraumschutzsatzung, die deutlich härteren Sanktionen ermöglicht. Diese Regelungen sollte es bundesweit geben, damit nicht aus der Not heraus noch wirtschaftlicher Gewinn erzielt werden kann.

Jeder zweite Deutsche kritisch gegenüber Asylanten

Eigentlich sollte die Studie wieder belegen, was Altparteien und Medien bereits über Jahrzehnte hinweg verbreiten: Die Deutschen werden intoleranter und es liegt eine wachsende Ablehnung gegenüber Asylbewerbern vor. Die Ergebnisse von Studien haben nur eine begrenzte Aussagekraft. Immer gilt es mitzubedenken, wer die Studie durchgeführt und wer sie finanziert hat und schließlich, wer sie für seine Zwecke instrumentalisieren will. In diesem Fall stammen die Gelder der Studie von der SPD-nahen Stiftung „closevolume_off“. Die Autoren stellen angeblich eine „Verfestigung und Normalisierung rechter Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft“ fest. Obwohl die Zahl der neu ankommenden Asylbewerber zuletzt gesunken ist, würden bei den Deutschen

E-Autos umweltschädlicher als Diesel



Nach einem neuen Gutachten sollen Elektroautos die Umwelt mehr schädigen als Dieselfahrzeuge. Die Verfasser des Gutachtens rechnen vor, dass Elektroautos mehr CO₂ ausstoßen als Diesel. Dafür kassieren sie harsche Kritik. Nach einer aktuellen Studie des Kölner Physikprofessors Buchal und des früheren Ifo-Institut-Präsidenten Hans-Werner Sinn belastet ein E-Auto das Klima um bis zu 28 Prozent mehr als ein Diesel. In einer umfassenden weiteren Ausführung wurde auf die Vorwürfe aus Politik und Autowirtschaft reagiert, dass das Gutachten angeblich einseitig wäre. Hierauf entgegneten die Verfasser, dass die Annahmen sogar extrem günstig für die Elektroautos ausgelegt worden wären und angeblichen Rechenfehler seien keine. Weder habe die Studie den CO₂-Ausstoß des Diesels bewusst

dennoch die Vorbehalte gegen diese Personen wachsen, so die Studie. Hatten sich 2014 noch rund 44 Prozent der Befragten negativ über Asylanten geäußert, so stieg dieser Wert bei der Befragung von 2016 auf 49,5 Prozent. Das ist natürlich geeignet für viel künstliche Empörung, insbesondere nach der ausgerufenen Willkommenskultur, die die Masseneinwanderung als Bereicherung anpreist. Angesichts der Studienergebnisse fordert der Vorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Beckmann reflexartig mehr Mittel für die politische Bildung in den Schulen. Um etwas zu bewegen, brauche es nicht nur mehr Politikunterricht.

Eine Studie, die eigentlich ein Anwachsen des Rechtsextremismus nachweisen sollte, zeigt die Bereitschaft auf, selbst

untertrieben, noch sei die Lebensdauer der Batterien zu kurz angegeben worden. Auch der Energieaufwand bei der Motorenproduktion sei berücksichtigt worden, verteidigte Sinn seine Berechnungen. Gerade die von VW selbst publizierten Zahlen legten eine kritische Betrachtung nahe, argumentierte Sinn "Vielleicht lohnt sich ein Blick auf eine von VW veröffentlichte Studie, die den E-Golf mit dem Golf TDI vergleicht. Nach dieser Studie, stößt das E-Auto beim deutschen Energiemix je Kilometer 142 Gramm CO₂ aus und der Diesel 140 Gramm." Von einem Vorteil des E-Autos könne also nicht die Rede sein, resümiert der Wissenschaftler.

Im EU-Strommix entfielen beim E-Auto 57 Gramm auf die Produktion und 62 Gramm auf den Fahrstrom. Der Diesel dagegen komme in der Produktion nur auf 29 Gramm CO₂ je Kilometer, bei der Nutzung auf 111 Gramm. Vor allem die Batterieproduktion und die aufwendige Gewinnung der Rohstoffe treibe beim Stromer den Kohlendioxid-Ausstoß in der Produktionsphase nach oben.

unsinnigste Dinge als Beleg anzuführen. So wird etwa getadelt, dass 46 Prozent der befragten Deutschen der Überzeugung sind, dass bestimmte Organisationen politische Entscheidungen beeinflussen würden, was für die Studie ein Indiz für wachsenden Rechtsextremismus in Deutschland ist. Dass die SPD hier jede Kritik an ihren eigenen Machenschaften im Vorfeld als rechtsextremistisch stigmatisieren möchte, wird sehr schnell klar. Spannend wird es dann an einer anderen Stelle der Studie: Jeder vierte ist sogar davon überzeugt, dass es eine Gleichschaltung der Medien in Deutschland gibt. Was diese Überzeugungen der Deutschen mit einer rechtsextremen Einstellung zu tun haben sollen, bleibt aber ungeklärt.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE
REPUBLIKANER **REP**

Deutsche öfter Opfer von Straftaten durch kriminelle Zuwanderer

In mehreren Städten musste die Polizei wegen türkischer und libanesischer Hochzeiten ausrücken. Seit Wochen bewegen ausufernde Hochzeitsfeiern samt Autoblockaden oder Luftschüssen Nordrhein-Westfalen. Inzwischen lässt sich das Innenministerium alle Zwischenfälle melden. Ergebnis: Alleine von Ostersonntag bis Montag wurde die Polizei zu 38 Einsätzen gerufen. Bei Gladbeck sollen z.B. rund 50 Fahrzeuge die Autobahn 52 blockiert haben. Laut Zeugen fackelten Hochzeitsgäste dabei Pyrotechnik ab und beleidigten Fahrer, die wegen ihnen im Stau standen. In **Köln** zählte die Polizei 50 Zweite-Reihe-Parker bei einer Hochzeit

In **Duisburg** mussten die Beamten am Ostersonntag gleich zu sechs Hochzeiten ausrücken, weil sich Bürger über Autokorsos, blockierte Straßen und das Abfeuern von Schreckschusswaffen beschwert hatten. Im Duisburger Stadtteil Hochfeld besetzten laut Polizei rund 100 Hochzeitsteilnehmer eine Kreuzung, schwenkten türkische Fahnen, zündeten bengalische Fackeln und feuerten Schüsse in die Luft, bis die Polizei eingriff.

In **Herten** ließ Hochzeitskorsos einen lästigen verletzten Radfahrer liegen und auch hier wurde mit Schreckschusspistolen geschossen. Der Verursacher beging zunächst Fahrerflucht.

In **Bochum** erschreckten Schüsse bei einer Hochzeit am Sonntagabend die Anwohner. Mehrere riefen die Polizei. Die Ermittlungen ergaben, dass ein 53-Jähriger die Schüsse abgefeuert hatte, um das Brautpaar zu feiern. In seinem Fahrzeug fanden die Beamten zwei Schreckschusswaffen, Munition und ein Messer. Den Mann erwartet laut Polizei nun ein Verfahren wegen des Verstoßes gegen das Waffengesetz. Verschont bleiben unsere Städte von solchen Auswüchsen aber voraussichtlich nicht.

Jugendämter dürfen vor Sexualstraftätern warnen

Ein Jugendamt darf unter bestimmten Voraussetzungen darüber informieren, dass ein Helfer der Familie wegen Kinderpornografie vorbestraft ist. Entsprechende Warnhinweise an Erziehungsberechtigte minderjähriger Kinder seien grundsätzlich zulässig, wenn gewichtige Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung durch Dritte vorliegen, entschied das Verwaltungsgericht Münster. Das Gericht lehnte den Eilantrag eines Mannes ab, der 2011 wegen der Verbreitung kinderpornografischer Schriften zu einer Bewährungsstrafe von fünf Monaten verurteilt worden war. Er wollte verhindern, dass das Jugendamt Warendorf eine Bekannte über seine Vorstrafe informiert.

Das Jugendamt teilte einer Mutter mit, dass bei einem Bekannten bereits Verurteilungen vorliegen, als bekannt wurde, dass dieser auf ihre Kinder aufpassen würde. informieren wolle. Das Recht der Kinder auf körperliche Unversehrtheit habe ein größeres Gewicht als das Recht des Antragstellers auf eigene Außerdarstellung und auf Schutz der eigenen Daten, hieß es unter anderem zur Begründung des Gerichts.

Wir Republikaner sind der Meinung, dass noch deutlich mehr gegen Sexualstraftäter getan werden müsste. Insbesondere darf es nicht sein, dass diese sich in der Anonymität verstecken und Anwohner völlig arglos sind. Da Sexualstraftäter oft als nicht therapierbar gelten, muss die Gesellschaft besser vor ihnen geschützt und über sie informiert werden.

Linksextremisten mobilisieren für 01. Mai-Randale

Berlin steht erneut ein heißer Maifeiertag bevor. Das gewaltbereite linke Spektrum will zum 01. Mai wieder einmal Berlin und die Bewohner der Hauptstadt terrorisieren. Unter dem Motto »Gegen die Stadt der Reichen!« wollen Antifanten und andere linksverwirrte Krawallbrüder quer durch die Stadt marschieren. Angemeldet ist diese Demonstration nicht; die Organisatoren setzen bewusst auf die Konfrontation mit der Polizei.

HEIMAT GESTALTEN - REPUBLIKANER WERDEN



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Spenden für
Deutschland >



Spendenkonto

DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank

IBAN: DE1744 0100 4603 6153 8460 BIC: PBNKDEFFXXX

Impressum: DIE REPUBLIKANER (REP) - Postfach 87 02 10 - 13162 Berlin
V.i.S.d.P.: Michael Felgenheuer

Jetzt informieren:

DIE REPUBLIKANER (REP)

Bundesverband

Postfach 870210

13162 Berlin

Tel.: (0211) 995 487 94

Fax: (0211) 995 487 13

Email: kontakt@rep.de

Internet: www.rep.de

Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
 - **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen, unter anderem am 19.05 in Wiesental, um 10.00 Uhr und am 14.05., Bruchsal, um 18.00 Uhr. Informationen unter:725472375.
 - **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
 - **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindenwirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Info unter: lgst@rep-bayern.de
 - **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
 - **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
 - **Kissing:** Politischer Stammtisch, jeden ersten Montag. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
 - **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
 - **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
 - **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
 - **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
 - **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
 - **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
 - **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
 - **Kreis Mönchengladbach:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: moenchengladbach@rep.de
 - **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de
 - **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788
-

Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
 Postfach 140407
 40074 Düsseldorf



Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

| Aufnahmeantrag angenommen | | | | Interne Bearbeitung |
|---|---|--|--|--|
| Kreisverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift | Bezirksverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift | Landesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift | Bundesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift | Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr. |